



Sintesi delle tesi congressuali – XV Congresso – traduzione in tedesco

Land, Arbeit, Wissen, Rechte und Freiheit neu entwerfen

1. Als der XIV Kongress der CGIL stattfand, war die Lage im Land (Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung) durch viele Schwierigkeiten und Probleme gekennzeichnet. Es gab aber auch Chancen, die es zu ergreifen galt. Jetzt, vier Jahre danach, stecken wir in einer tiefen Krise. Italien ist heute ein zersplittertes, auseinanderdividiertes und unsicheres Land: der große Kranke in Europa.

Auf dem XV Kongress der CGIL wollen wir uns mit dem Ausmaß und der Tiefe der Krise auseinandersetzen und ein Projekt zum Wiederaufbau, einen Vorschlag für einen zivilen und moralischen Neuanfang vorlegen, und dabei vom zentralen Wert der Arbeit ausgehen in Alternative zur Zentralität des Marktes.

Die Globalisierung und die Rolle Europas

2. Ein solcher Vorschlag hätte keinen langen Atem, wenn auf europäischer und weltweiter Ebene nicht die Idee einer Entwicklung den Vorrang hätte, die unabdingbar Menschenrechte, Arbeit und Umweltverträglichkeit in ihr Qualitätsprofil aufnimmt.

Die neuen Abhängigkeiten und Unterschiede bergen die Gefahr verbitterter Konflikte zwischen einzelnen Ländern und unter Arbeiterinnen und Arbeitern in sich, wenn sie nicht gerade ins Fahrwasser von Terrorismus und Krieg geraten, sofern sie nicht auf der Basis gegenseitiger Anerkennung ausgeglichen werden, und wenn man nicht das völlige Versagen der liberalistischen Politik erkennt, die mit den Entscheidungen der Weltbank, des Weltwährungsfonds, der Welthandelsorganisation und der multinationalen Konzerne einhergeht. Die Sozial- und Umweltklauseln im internationalen Handelswesen reichen dazu nicht aus. Es muss ein anderes weltweites Entwicklungsmodell projiziert und aufgebaut werden.

3. Die politische Kultur, die dem *europäischen Sozialwesen* zugrunde liegt, ist auch in Europa unter den Auswirkungen der Konjunktur unter Druck geraten. Andererseits kann Europa auf allen entscheidenden Gebieten für die Zukunft der internationalen Völkergemeinschaft viel tun, wenn man imstande ist, den Aufbau einer eigenen politischen und institutionellen Dimension fortzusetzen und die Eigenschaften des eigenen Sozialwesens aufzuwerten. In einer Welt der gegenseitigen Abhängigkeiten können die Rechte nur durch ihre weitere Ausbreitung verteidigt werden. Beim Verfassungsabkommen hat die CGIL einen positiven Aspekt herausgehoben, nämlich die Einschließung der Charta von Nizza, ohne über Widersprüche und Einschränkungen, die im Abkommen

enthalten sind, zu schweigen: Das Fehlen der Ablehnung des Krieges und der Wohnsitz-Staatsbürgerschaft für die Einwanderer, das Fehlen jenes dritten Teiles, ohne den die Erklärungen der Charta von Nizza Gefahr laufen, negiert zu werden.

4. Die CGIL spielte und spielt in der Friedensbewegung immer noch eine wichtige Rolle, wobei ihr Engagement an die Verbindung zwischen Erhaltung des Friedens, Ablehnung des Krieges und Möglichkeiten zur Verteidigung, Förderung und Ausdehnung der Rechte auf den Gebieten Arbeit und Umwelt geknüpft ist.

Die Ablehnung der Gewalt und des Terrorismus gehört zu den grundlegenden Verpflichtungen der Gewerkschaft. Der Terrorismus, der durch nichts gerechtfertigt werden kann, findet in der Misere, bei Armut und Krieg einen leichten Nährboden. Das Zusammenleben und der Dialog zwischen den Kulturen sind die richtige Antwort auf Unsicherheit und Zivilisationskonflikte.

Ein Land das immer mehr in Krise gerät

5. Nicht alle Ursachen für die Probleme des Landes sind bei der Regierungspolitik von Mitte-Rechts zu suchen. Aber bei einer aufmerksamen Überprüfung der Politik, die geführt wurde, kommen Verantwortung und begangene Fehler zum Vorschein bis hin zur Gleichsetzung dieser schwerwiegenden Krise mit dem politischen Versagen der Berlusconi-Regierung. Da ist die Wirtschaftspolitik, die das Gegenteil von dem ist, was sie hätte sein sollen, da sind die fehlenden Maßnahmen gegen die Preisspekulationen nach dem Beitritt zur Euro-Währungszone, die Destabilisierung des Arbeitsmarktes durch den Eingriff beim Art. 18 und mit dem Gesetz Nr.30, das Fini-Bossi-Gesetz, mit dessen Wortlaut den Einwanderern grundlegende staatsbürgerliche Rechte aberkannt werden, und schließlich die Schulgesetze der Ministerin Muratti.

Diese politischen Entscheidungen sind dann beim Versuch gelandet, die Rolle der Gewerkschaft und der sozialen Vertretungen zu negieren, von einer Kultur der Rechte und Regeln abzugehen, die Rolle und Unabhängigkeit der autonomen Lokalkörperschaften abzulehnen, bis hin zum Projekt einer verfassungsrechtlichen Gegenreform.

6. Mit diesen Fehlern konkurrierte auf direkte Weise die Leitung des Unternehmerverbandes *Confindustria* und ganz allgemein das Unternehmertum, das unvorsichtiger Weise die Regierung beim Lostreten sozialer Konflikte sekundiert hat. Die neue Leitung der *Confindustria* versuchte, aus diesem Klima herauszukommen, wobei sie mit CGIL, CISL, UIL insgesamt und auch gebietsweise wichtige Abkommen einging. Die letzten Ereignisse des italienischen Kapitalismus bestätigen eine doppelte Krankheit: Die Tendenz sich an geschützten Monopolstellungen zu orientieren; die Verschuldung bei der Eroberung immer engerer, aber hohe Gewinne versprechender Geschäftsbereiche als Hebel einzusetzen.

Die CGIL richtet an die Adresse der *Confindustria* eine Herausforderung: Aufwertung der Arbeit, Investition in Wissen, Stützung des Warenangebotes

auch mit öffentlichen und selektiven politischen Maßnahmen, als Tragpfeiler einer alternativen Strategie zur Entscheidung für eine Wettbewerbsfähigkeit durch Reduzierung der Kosten und Rechte.

Die Rolle der CGIL

7. Auf dem XV. Kongress wird die Fähigkeit der CGIL, ihrer Mitglieder, Aktivisten und Führungspersonen gewürdigt, Analyse, Kritik, Vorschläge und Kampfmaßnahmen auf die Reihe zu bekommen, die sich auf der Höhe der sozialen Dynamik und der realen Verhältnisse befinden und so den Weg frei halten, für eine Wende und eine Alternative zur fehlgeschlagenen Politik von Mitte-Rechts.

Vor allen anderen hat die CGIL beim Streik vom Februar 2003 mit Klarheit die Gefahr eines Rückschlages im Bereich der Industrie aufgezeigt und Vorschläge zur Abfederung der Folgen gemacht.

Am 23. März 2002 wurde das politische Gewicht und die zentrale soziale Stellung der Arbeitswelt hochgradig sichtbar. Für die CGIL ist es wichtig, auch in Zukunft zwei Themen jenes Tages hochzuhalten: Die Verteidigung der Rechte und die Verbindung zwischen Recht und Freiheit.

Nach den harten Meinungsverschiedenheiten vor und nach dem *Pakt für Italien* und dem Separatabkommen bei den Metallarbeitern, hat die CGIL im Rahmen des Möglichen und Vertretbaren versucht, mit CISL und UIL wieder gemeinsame Initiativen zu ergreifen.

Die CGIL hat sich für die Verteidigung und Aufwertung der Vertragspolitik eingesetzt, angefangen bei der Heraushebung des Wertes, den ein gesamtstaatlicher Kollektivvertrag hat, und bei der Vertragshoheit der Gewerkschaft.

Ein großer Vorschlag und ein großes Projekt

8. Italien steht tatsächlich an einer Kreuzung. Wenn Entscheidungen, Wertvorstellungen und Prioritäten nicht geändert werden, wird sich das Land von Europa entfernen und in eine Krise ohne Ausweg stürzen. Auf dem XV. Kongress der CGIL wird der Bedarf eines großen Projektes aufgezeigt, das aus Wertvorstellungen besteht, aus Entscheidungen, Zielvorgaben und Mitteln, Entschlossenheit und Begeisterung für den Wiederaufbau und die Erneuerung Italiens.

Es braucht eine tiefgreifende Veränderung, die auf einigen Grundpfeilern aufbaut: Auf dem zentralen Wert der Arbeit und ihrer Qualität; auf dem Ziel einer hohen Entwicklungsstufe - die auf Wissen, Innovation, Weiterbildung und Verträglichkeit beruht, wobei die Investitionen von der Rendite auf Innovation und Forschung verlagert werden - auf einer demokratischen Planung und Anteilnahme an der Entwicklung, - im Rahmen einer Stärkung des Sozialstaates im Sinne eines Faktors der Entwicklung und Umverteilung - einer anderen Steuerpolitik, der zentralen Bedeutung des italienischen Südens, und auf der starken Rolle der sozialen Vertretungen, darunter auch der Gewerkschaft und der CGIL.

9. Das erste Ziel einer Politik der Wende muss der Kampf gegen die Unsicherheit im Bereich der Arbeit sein. Diese Unsicherheit ist heute eine unhaltbare Belastung.

Für die CGIL ist es grundlegend wichtig, dass ein außerordentlicher und gradueller wirtschaftlicher und industrieller Umwandlungsprozess von einer soliden und stabilen Beschäftigungspolitik begleitet wird. Ein integrierender Bestandteil dieses Einsatzes sind die Verhütung von Unfällen am Arbeitsplatz und neue Vorschläge für eine Politik der Aufnahme und Eingliederung von Einwanderern.

10. Wenn es tatsächlich ein richtiges Projekt zum Wiederaufbau der Produktionsgrundlagen, der materiellen und immateriellen Infrastrukturen und der Dienstleistungen des Landes braucht, dann erfordert ein so hochprofilierendes Projekt auch angemessene Finanzmittel. Deshalb wird auf dem XV. Kongress der CGIL auch auf die Notwendigkeit eines neuen Steuerpaktes hingewiesen, der sich auf Entscheidungen stützt, die ausdrücklich ihre wichtigsten Bezugspunkte im Wachstum der Arbeits- und Pensionseinkommen sehen, sowie in einer geförderten Investitionspolitik und einer selektiven Förderung der Betriebe.

Die CGIL schlägt Maßnahmen zur Fiskalisierung der Beiträge für die Niedrigstlöhne vor, die Rückerstattung von Guthaben aus Steuermaßnahmen und einen Ausgleich bei der Besteuerung von Renditen, Vermögen und Arbeitseinkommen.

In der Natur dieses Paktes liegen zwei Voraussetzungen. Es darf keine Logik der Ungleichzeitigkeit zwischen Sanierungszeit und Umverteilung geben, und die Suche nach einer gerechten Verteilung muss das Ergebnis einer Entscheidung sein, mit der eine Steuerpolitik korrigiert wird, die Arbeits- und Renteneinkommen unverhältnismäßig getroffen hat.

Der Kampf gegen die Schwarzarbeit ist ein grundlegendes Anliegen und auch die Voraussetzung für jeden Steuerpakt zwischen Arbeitswelt, Unternehmern und Staatsbürgern.

Die Übernahme von öffentlicher Verantwortung scheint ferner auf vielen Gebieten entscheidend für einen Sprung nach vorne zu sein: Forschung, Weiterbildung, Infrastrukturpolitik, Gebietsverwaltung, Investitionsanreize, Entwicklungsverträglichkeit.

In diesem Rahmen sind für die CGIL die Innovation und die Reform des Sozialstaates und seine zunehmende Verantwortung für die soziale Einbindung entscheidende Ziele. Der Sozialstaat ist gleichzeitig ein Hebel zur Steigerung von Investitionen und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Eine autonome und demokratische CGIL

11. Nur eine CGIL, die fähig ist, sich zu erneuern, die in der Arbeitswelt mit all ihren Veränderungen stark verwurzelt und gebietsmäßig überall präsent und fähig ist, mit einem selbständigen Profil und einer programmatischen Stärke aufzutreten, kann sich das ehrgeizige Ziel setzen, mit Fakten den Wert der Arbeit und ihre Rechte in den Mittelpunkt zu stellen.

Das alles erfordert eine CGIL, die auf ihren internen Pluralismus und auf ein demokratisches Verhältnis zu allen Arbeitnehmern zählen kann. In der CGIL sind die demokratische Äußerung und Anteilnahme der Arbeitnehmer tägliche Praxis und ein unverzichtbares Anliegen. Verhandlungsplattformen und Abkommen müssen ihre Gültigkeit aus demokratischen Abstimmungen beziehen; es soll auch ein gesetzlicher Rahmen mit eigenen Regeln geschaffen werden, um die Vertretungsvollmacht der sozialen Kräfte festzustellen, und nach einem innergewerkschaftlichen Versuch sollen auch die demokratischen Abläufe sichergestellt werden.

12. Auf diesem wie auf anderen Gebieten war die CGIL nicht imstande, eine gemeinsame Sichtweise mit CISL und UIL zu finden.

Auf dem XV. Kongress wird der Pluralismus innerhalb der verschiedenen Kulturen und Befindlichkeiten des konföderierten Gewerkschaftslebens wiederbestätigt. Er stellt einen Wert dar, von dem bei der Suche nach Synthese und Einheit und bei der Reduzierung von Dissensbereichen ausgegangen werden muss.

Die CGIL betrachtet aus der Perspektive ihrer Entstehung die gewerkschaftliche Einheit als eine strategisch wichtige Entscheidung. Und sie schlägt heute der CISL und der UIL vor, gemeinsam an einem Grundsatzdokument über die Werte der konföderierten Gewerkschaften zu arbeiten.

13. Auf das XV. Kongressjahr fällt das hundertjährige Bestehen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes. Die CGIL begeht dieses Ereignis so feierlich wie möglich. Das Hundertjährige richtet sich vor allen Dingen an die Jugend und neuen Generationen, an alle die sich fragen, nach welchen Modellvorgaben die Gesellschaft gestaltet werden soll. Das ist der Kernpunkt bei den politischen Vorschlägen des XV. Kongresses der CGIL: Das Projekt eines Neustarts im Lande hat nur einen Sinn, wenn es ausdrücklich auf die heute lebenden Generationen ausgerichtet ist, die vor allen Dingen die Zukunft in der Arbeitswelt und im Lande vor sich haben.

Arbeit als Herausforderung und die Globalisierung: Zielsetzungen und Vorschläge

Die Hauptfrage für die Gewerkschaft liegt heute, in der Zeit der Globalisierung, darin, wie ein Netzwerk von sozialen Bestimmungen und Arbeiterrechten auf übernationaler Ebene wieder aufgebaut werden kann. Die Ablehnung des Krieges, der Gewalt und des Terrorismus und die Entwicklung und Verbreitung der Arbeiterrechte und Umweltschutzbestimmungen sind unzertrennbar miteinander verbunden: Die Erhaltung des Friedens ist die einzige vernünftige Überlebensstrategie in einer globalen Welt der gegenseitigen Abhängigkeiten.

Es braucht auch eine Demokratisierung der UNO. Es braucht eine neue Rangordnung zwischen politischen Einrichtungen (UNO und ihre Außenstellen) und Institutionen des Finanzwesens, die ebenfalls zu reformieren sind (Weltwährungsfonds, Weltbank, Welthandelsorganisation), damit die Asymmetrie zwischen Politik und Finanzwelt überwunden wird.

Die Ausdehnung der Rechte kann von den Entwicklungsländern mehr als Maßnahme zum Schutz der Verhältnisse in den reichen Ländern verstanden werden, denn als Entscheidung für eine vertretbare Entwicklung. Dieser Umstand zwingt uns, in dieser Frage direkte Verantwortung zu übernehmen und nationale, übernationale und multinationale Verhandlungen aufzunehmen.

Es braucht eine wirksame Entwicklungspolitik in diesen Ländern, angefangen beim vollständigen Schuldenerlass und beim Einsatz der Entwicklungshilfe (Tobin Tax, 0,7% des BIP) bei einer Umwidmung von Militärausgaben. Und gleichzeitig soll die Einhaltung der Sozial- und Umweltklauseln in den Handelsbeziehungen gefordert werden.

Das europäische Sozialsystem kann als Alternative zur Globalisierung nur dann bestehen, wenn es ein politisches Europa gibt. Das politische Europa braucht aber eine Verfassung, um existieren zu können. Die CGIL hat den europäischen Verfassungsentwurf seinerzeit positiv aufgenommen, ohne Einschränkungen und Widersprüche zu übersehen (fehlende Ablehnung des Krieges, fehlende Wohnsitzstaatsbürgerschaft für Einwanderer, mangelnde Übereinstimmung zwischen Teil I und Teil II). Heute bestehen zwei Risikofaktoren, die sich gegenseitig aufschaukeln. Die Schere zwischen Wirklichkeit und europäischer Rhetorik erzeugt Ablehnung und Misstrauen; dieses Misstrauen wird ausgenutzt, um eine soziale Perspektive Europas in die Ferne rücken zu lassen.

These 2

Die Gewerkschaft für Europa und die Welt

Es soll ein Vorschlag aller fortschrittlichen politischen und sozialen Kräfte neu definiert werden, und noch früher eine politische Kultur als Alternative zum angelsächsischen Entwicklungsmodell, die genauso weltweit ausgerichtet ist. Der soziale Vertretungsanspruch soll in einer übernationalen Dimension gestellt werden, um seine Wirksamkeit beweisen.

Die CGIL hat sich zur Gründung einer neuen internationalen Gewerkschaftszentrale positiv geäußert, die nicht die Summe der CISL-Internationale und des Weltgewerkschaftsbundes ist, sondern auch jene

Gewerkschaftsorganisationen aufnimmt, die keiner der beiden Zentralen angehören. Die CGIL sieht in der Gründung einer neuen Weltgewerkschaftszentrale die Möglichkeit, eine Organisation mit einer umfassenderen Vertretungsvollmacht aufzubauen, eine Organisation, die näher bei den Arbeiterinnen und Arbeitern ist, mehr Gewerkschaftscharakter hat und pluralistischer, umfassender und einheitlicher auftritt.

Der Europäische Gewerkschaftsbund entwickelt heute eine gewerkschaftliche Initiative, die den Erfordernissen nicht gerecht wird und unter seinen Möglichkeiten liegt. Es soll eine echte strategische und verhandlungstechnische Autonomie hergestellt werden. Um das zu erreichen, muss auch die innere Demokratie gestärkt werden.

These 3

Die Verfassung verteidigen Den politisch-institutionellen Übergang vervollständigen

Die aus der Widerstandsbewegung hervorgegangene Verfassung, ihre Grundprinzipien, ihre Wertvorstellungen, die zentrale Positionierung der Arbeitswelt, das alles stellt ein Vermögen dar, das die CGIL verteidigt und verteidigen wird: Deshalb wird sie beim Referendum über die Verfassungsänderungen von Mitte-Rechts dabei sein, um sie zu Fall zu bringen. Nach Ansicht der CGIL können Verfassungsänderungen, auch jene, die man für angebracht hält – vorausgesetzt, dass jene Teile, die Grundwerte und Haupteigenschaften beinhalten nicht angerührt werden – nicht einfach mit einer Parlamentsmehrheit abändern.

Das Referendum soll als Rechtsmittel mit einem neuen Gleichgewicht zwischen der Anzahl der nötigen Unterschriften, um es durchzuführen, und dem erforderlichen Quorum verteidigt werden.

Die politisch-institutionelle Entwicklung, die mit dem Zwei-Pole-System eingeleitet wurde, soll vervollständigt werden. Die Rolle der beiden politischen Gruppierungen soll als Verkörperung alternativer Strategien und Programme noch klarer herausgearbeitet werden; dasselbe gilt für die politischen Parteien, die für eine demokratische Gestaltung der Politik unerlässlich sind, und für die sozialen Kräfte als Ausdruck der Interessenvertretung und als Träger eigenständiger Wertvorstellungen. Es braucht im wesentlichen mehr Politik in den Parteien und sozialen Organisationen ohne Angst vor Überlagerungen, Überschneidungen und Autonomieverlusten.

Die Aufgaben und Funktionen der Gewerkschaft müssen im Rahmen sicherer und durchsetzbarer Gewerkschaftsbeziehungen vollständig autonom definiert, geregelt und ausgeübt werden. Darauf arbeitete die CGIL mit dem Vorhaben eines Gesetzes über Vertretung und Vertretungsgewicht immer schon hin.

These 4

Italien und seine Krise - das Projekt der CGIL

Es ist notwendig, mit Hilfe einer neuen Wirtschafts- und Einkommenspolitik ein neues Entwicklungsmodell zu erstellen. Dazu braucht es den Wiederaufbau der Basisforschung in den strategischen Bereichen, die Festlegung großer nationaler Projekte, in beschränkter Anzahl, aber von großer strategischer Bedeutung, die Stärkung der Wirtschaftstreibenden durch Fördermaßnahmen zur Betriebserweiterung, die Aktivierung der innovativen Industriebereiche, die Erneuerung der Beziehungen in der Industrie, die Entwicklung der Lohn- und Verhandlungsmodelle, die zentrale Rolle der Wirtschaftsdemokratie, den Start einer grundsätzlichen Änderung der Dienstleistungen für Betriebe, Entscheidungen über materielle und immaterielle Infrastrukturen angefangen beim italienischen Süden, über Schulsystem, Ausbildung und *Welfare*.

Die öffentlichen Finanzen müssen unter Kontrolle gebracht werden. Sanierung und Entwicklung ergänzen sich gleichzeitig und gegenseitig. Ungleichzeitigkeiten in der Politik sind heute fehl am Platz.

Die Steuerbelastung kann nicht reduziert werden, aber die Auswirkungen der verschiedenen Steuern müssen sich ändern, indem die Belastung von den Bereichen Arbeit und Investitionen auf die Renditen verlagert wird. Die CGIL fordert die Besteuerung der Finanz- und Immobilienrenditen, die Besteuerung der großen Vermögenswerte und die Wiedereinführung der früheren Erbschaftssteuer. Die Besteuerung des persönlichen Einkommens soll revidiert werden, indem die heute eingeschränkte Progressivität bei Arbeits- und Pensionseinkommen wieder hergestellt wird. Guthaben durch Steuerausgleich sollen zurückerstattet werden. Das System der Steuerabzüge soll revidiert werden, um das Problem der Mindesteinkommen (*incapienti*) zu lösen. Entscheidend ist auch die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Steuerhinterziehung und Steuervermeidung.

Die Politik der öffentlichen Hand soll mit Hilfe der Haushaltspolitik, der Festlegung von normativen Standards und mit der Kontrolle über natürliche Monopole ein entscheidendes Gewicht bei der Regelung des Marktes und der Wirtschaft beibehalten.

Um das Thema Entwicklung zu vervollständigen braucht es Maßnahmen zur Feststellung der Legalität der Funktionsabläufe in der öffentlichen Verwaltung und in den Betrieben.

Die Privatisierung von Dienstleistungen mit industriellen Ausmaßen (Energie, Transporte, Fernmeldewesen usw.) hat weder das Entstehen neuer Wirtschaftsträger noch institutioneller Investoren begünstigt, wobei in einigen Fällen Renditen und Macht in wenigen Händen konzentriert wurden. Die Verzerrungen, die dabei entstanden sind, müssen nach vorne schauend überwunden werden.

Die Aufwertung und Zweckorientierung der öffentlichen Eingriffe zur Wiederbelebung des italienischen Systems muss mit einer Einbindung der öffentlichen Verwaltung hauptsächlich auf zwei Gebieten erfolgen: im System der Allgemeingüter und des Sozialstaates und auf dem Gebiet der Innovation und Forschung.

Die öffentliche Tätigkeit birgt vier große Chancen in sich: Sie garantiert die Grundrechte der Personen, fördert die Entwicklung, begünstigt die Betriebsansiedlungen und bestimmt und überwacht die Legalität.

Knotenpunkt einer anderen Entwicklung ist ein qualitativ hochstehendes Ausbildungssystem, das auf dem Recht auf Bildung für alle beruht, wobei allen gleiche Chancen beim Zutritt zu einer guten öffentlichen Schule geboten werden.. Das sind qualifizierende Entscheidungen: Schulpflicht bis zum 16.Lebensjahr, und innerhalb vom Ende der Legislaturperiode bis zum 18.Lebensjahr, Schulautonomie, Universität und Forschungseinrichtungen, ein System der lebenslangen Bildung und Weiterbildung.

In Italien wird immer weniger Forschung betrieben. Das Verhältnis zwischen Ausgaben für die Forschung und BIP soll innerhalb sicherer Fristen an die mittleren europäischen Ausmaße herangebracht werden, wobei die Forschung an den Universitäten und bei öffentlichrechtlichen Körperschaften gesteigert und die Forschung in den Betrieben gefördert werden soll und auch Zusammenschlüsse kleinerer Betriebe zu diesem Zweck begünstigt werden sollen.

Um eine neue verträgliche Entwicklungspolitik zu betreiben ist es grundlegend erforderlich, territorial verankert zu sein. Keine Finanzierungen nach dem Gießkannenprinzip, sondern eine finanzielle und organisatorische Unterstützungspolitik für integrierte lokale Entwicklungsprogramme.

Grenzen für die Dimension der Betriebe, Spezialisierung in traditionellen Bereichen, geringes Wachstum auf den internationalen Märkten, Entlokalisierungen der Betriebe in reifen Fertigungsbranchen, Unzulänglichkeiten im Dienstleistungsbereich, Finanzbereich und anderes, das sind die Angriffspunkte einer Industriepolitik, die sich zum Ziel setzt, das Land aus der Krise herauszuführen.

Die Erneuerung des Landes erfolgt auch im Sinne eines neuen territorialen Gleichgewichts. Der italienische Süden braucht mehr und qualitativ bessere öffentliche Eingriffe durch die Aktivierung bedeutender Zuflüsse von Ressourcen, die sich auf folgendes konzentrieren: Innovation, Verbreitung und Qualität des Wissens, Bildung von Gesellschaftskapital, verträgliche Eingriffe im Bereich der Infrastrukturen, Erneuerung der Aktion gegen Mafiaorganisationen. An den Vorschlag einer Industriepolitik mit Dienstleistungen zum Aufbau von günstigen Entwicklungsmöglichkeiten ist auch die Notwendigkeit einer gebietsbezogenen konföderierten Verhandlungsrunde gebunden, bei der neben den Themen des *Welfare* auch jene der Innovation behandelt werden.

Bei der Entwicklung jener Betriebe, die am meisten der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind, spielen die materiellen Infrastrukturen eine fundamentale Rolle (Häfen, Flughäfen, Straßen, Eisenbahnen, Netzwerke, Energie, Wasserversorgung, Fernmeldewesen). Es braucht für das ganze Land einen Plan, um das Entwicklungsgefälle im Süden und die Engpässe im Norden zu überwinden.

Besondere Aufmerksamkeit soll dem Verkehrswesen gewidmet werden. Jede Branche desselben birgt große Kritikpunkte und Potenziale für die Entwicklung des Landes in sich. Es braucht Regeln, Geldmittel, und programmatische Eingriffe.

Eine Entwicklungsstrategie muss sich vornehmen, die *Verschwendungswirtschaft* in eine Wirtschaft des Wohlstandes umzuwandeln, in der auf den verträglichen und optimalen Einsatz der Ressourcen geachtet

wird. In diesem Lande muss eine Energiepolitik betrieben werden, die das Kyoto-Protokoll tatsächlich einhält.

These 5

Eine solide und stabile Beschäftigungslage

Die Welt der Arbeit steht im Mittelpunkt eines umfangreichen und nie da gewesenen Zersplitterungsprozess und einer Reduzierung der Rechte und Schutzbestimmungen. Die Welt der Arbeit wieder zu einer Einheit zusammenfügen und sichtbar machen, auch den prekären Arbeitsverhältnissen, den ärmsten abhängig Arbeitenden und den ausgegrenzten Arbeitnehmern zu einer Stimme verhelfen und mehr Vertretungsmacht geben, das sind die Eckpunkte, um einen neuen *staatsbürgerlichen Pakt* zu schließen.

Über das Gesetz Nr. 30 hinausgehen heißt eine Philosophie umwälzen: Es sollen alle Normen gestrichen werden, die das Arbeitsverhältnis prekär machen, die einen Abbau und eine Verarmung des Betriebes ermöglichen und die kollektivvertraglichen Verhandlungen schwächen, indem sie durch ein alternatives System von Normen und Rechen ersetzt werden.

Die CGIL schlägt einen erweiterten Begriff der wirtschaftlichen Abhängigkeit vor, eine neue Definition des „wirtschaftlich abhängigen“ Arbeitnehmers, für den der Betrieb für gleiche Rechte, gleichen Schutz und gleiche Kosten aufkommen muss.

Das heißt, dass der unbefristete Arbeitsvertrag die normale Form von Arbeit in der betrieblichen Tätigkeit darstellt und die „flexiblen“ Verträge für Ausnahmefälle gelten. Das heißt die nicht unbefristeten Formen reduzieren ohne nur darauf hinzuarbeiten, dass sie sich mit der Zeit stabilisieren, sondern auch mit Hilfe einer Kostensteigerung. Das heißt auch, eine direkte „Wechselbeziehung“ zwischen Arbeitseinsatz mit gerechter Entlohnung und allgemein geltenden Rechen herstellen und die Rechte des Arbeiterstatutes ausdehnen.

Auslagerungen, Internationalisierungen, Werklieferungsaufträge, Übersiedlungen und Auflösung von Betrieben oder Teilbereichen derselben müssen gelenkt und nicht nur passiv hingenommen werden - angefangen beim Widerstand gegen Auslagerungen, die einzig und allein in der Einsparung von Arbeitskosten ihren Grund haben. Es sollen die Vertrags- und Verhandlungsrechte ausgedehnt werden, angefangen bei jenen über Information und Beratung. In ähnlicher Weise sollen die Normen über den mitarbeitenden Gesellschafter revidiert werden.

Es braucht auch Eingriffe, um Dumpingerscheinungen durch den indirekten Einsatz von Kooperation und Tertiärbereich zu vermeiden. Es soll auch die Bedeutung und Qualität des Wissens und der Ausbildung innerhalb des Schulsystems und der Universitäten, die allen zugänglich sein sollen, erkannt werden. Die Sicherheit, die Vorsorge und das Wohlbefinden der Arbeitnehmer müssen als allgemeine Vektoren zur Wiederherstellung universeller Rechte verstanden werden.

Es braucht ein allgemeines System der sozialen Abfederung und des Schutzes, das eng in den Sozialstaat integriert ist. Der Rückgriff auf Abfederungsmittel soll im Rahmen der Gesamtheit der Arbeitsmarktpolitik erfolgen (Weiterbildung, Neuqualifizierung, Kompetenzbewertung, Einsatz der 0,30-Fonds). Hier sei auch der Vorschlag eines „Einschließungsvertrages“ erwähnt, der auch stark mit neuen Formen von Einkommenssicherung zusammenhängt. Der Kampf gegen die Schwarzarbeit soll zu einer Priorität im Lande gemacht werden. Das ist die Voraussetzung für jeden Steuerpakt zwischen Arbeitswelt, Unternehmen und Staatsbürgern. Dabei sollen immer gezielter Maßnahmen zur Repression und solche, die eine selektive Begleitung und Unterstützung der Betriebe beinhalten, miteinander verbunden werden, mit denen gezeigt wird, dass ein Eintritt in die Legalität möglich ist, wobei Pläne zur Stabilisierung der Sozialfürsorge für die Arbeitnehmer und die berufliche Weiterbildung gefördert werden.

These 6

Die Rechte der Einwanderer

Die Einwanderung ist ein vielschichtiges und wachsendes Phänomen und erfasst Personen, die auf der Flucht vor Kriegen und Tyranneien oder Opfer von Kinder- und Frauenhandel sind, oder die eine Arbeit und bessere Lebensbedingungen suchen. Heute haben rund drei Millionen ausländische Mitbürger einen regulären Wohnsitz in Italien und darüber hinaus warten Hunderttausende Irreguläre auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Die CGIL hält die Einwanderer für eine Bereicherung unserer Gesellschaft.

Die Gesetzgebung der Mitte-Rechts-Regierung hat aus einer reinen Defensivstellung heraus ein „dualistisches Recht“ geschaffen. Das Bossi-Fini-Gesetz ist falsch und hat auf dem Arbeitsmarkt und bei der Anwendung des Aufenthaltsvertrages Ungereimtheiten zwischen diesem und dem Gesetz Nr. 30 in die Welt gesetzt, die allein genügen, um seine Abschaffung zu verlangen.

Es braucht ein neues Rahmengesetz für die Einwanderung, das auf keinen Fall die Prinzipien und Mittel der vorausgegangenen Gesetzgebung übernimmt, sondern vielmehr von organischen und systematischen Normen bestimmt wird, die folgendes Festlegen: a) Die Einführung einer Aufenthaltsgenehmigung zur Arbeitssuche, b) die Schließung der Auffanglager (Cpt), c) die Schaffung eines Netzwerkes von Einrichtungen zur Eingliederung und Integration, d) die Übertragung der Kompetenz zur Erneuerung der Aufenthaltsgenehmigung an die Lokalkörperschaften. Man soll ferner eintreten für: Die Legalisierung der anwesenden Irregulären, die Verabschiedung eines Gesetzes über das Asylrecht, die Zuerkennung des Wahlrechtes bei Verwaltungswahlen, die Reform des Gesetzes über den Erwerb der italienischen Staatsbürgerschaft, die Personalaufstockung in den Ämtern der Konsulate.

Der Einsatz der CGIL, die eine starke Präsenz von eingewanderten Arbeitnehmern unter ihren Mitgliedern verzeichnet, kommt hauptsächlich in den Vertragsverhandlungen zum Ausdruck. Durch die Initiative der Gewerkschaft müssen die Hindernisse bei einer effektiven Gleichstellung überwunden werden.

These 7

Ein umfassender und effizienter Sozialstaat mit Qualität

Das Welfare-System des Sozialstaates ist in diesen Jahren verarmt und abgewirtschaftet worden. Einerseits wurden ihm Ressourcen entzogen, und andererseits regelrechte Gegenreformen wie beim Delegierungsgesetz über die Pensionen durchgeführt. Das alles um den Privatsektor auszudehnen und den Rest des Öffentlichen zu konditionieren. Die CGIL schlägt sich um eine vollkommen andere Perspektive: Universalität und Durchsetzbarkeit der sozialen Rechte, ein modernes *System von Wohlfahrt*, das Vorläufigkeit und Unsicherheit ausschließt, eine hohe Entwicklungsqualität bewirkt und auf die Bedürfnisse der modernen Gesellschaft eingeht. Ein *System von Wohlfahrt*, das von der Idee eines laizistischen Staates ausgeht, wo die Unterschiede ihren Wert haben ohne dass ethische Modelle vorgegeben werden.

Die öffentlichen Ressourcen, die für den Sozialstaat vorgesehen sind, sollen dringend erhöht werden, um das Gefälle zwischen den öffentlichen Ausgaben in Italien und in Europa auszugleichen. Das ist mit einer Steuersenkung nicht vereinbar und auch nicht mit der Idee der Umverteilung, das heißt mit der Kürzung der Ausgaben in bestimmten Bereichen zu Gunsten anderer.

Die zentrale Rolle der Öffentlichen Hand soll nicht nur bei der Programmierung und Festlegung von Regeln und Qualitätsmaßstäben behauptet werden, sondern auch bei der Führung der Dienste vom Gesundheits- bis zum Schulwesen.

Zielvorstellungen und Prioritäten eines neuen Wohlfahrtssystems müssen definiert werden.

Eine der Prioritäten liegt im Zugang der Jugend zum System des sozialen Schutzes, von dem heute viele ausgeschlossen sind. Neben einer Politik zur Einkommenssicherung muss auch der Zugang zu Wohnung, Kredit und Dienstleistungen gewährleistet werden. In diesem Sinne sind Investitionen für Dienste in der Kleinkinderbetreuung wichtig.

In bezug auf das Fürsorgesystem ist heute der Widerstand gegen das Gesetz von 2004 vorrangig, indem die Mittel der Reform von 2005 ergänzt und verstärkt werden. Für die heutigen und zukünftigen Rentner muss der automatische reale Inflationsausgleich und die Umverteilung des nationalen Gesamteinkommens durchgesetzt werden. Darüber hinaus müssen die Zusatzpensionen nach freier Wahl der Arbeitnehmer tatsächlich ergänzenden Charakter haben und nicht das öffentliche Pensionssystem ersetzen wollen. Aus diesem Grunde muss die öffentliche Pension auch für die Arbeiterinnen und Arbeiter mit unzusammenhängenden Arbeitsperioden, für Niedriglohneempfänger und Jugendliche ausreichend sein, indem die figurativen Beiträge erhöht und die Pflegetätigkeit anerkannt werden.

Es ist überdies wichtig, Entscheidungen zu treffen, um mit Hilfe einer ernst zu nehmenden Politik für ein aktives Altern die Ressourcen der älteren Menschen zu nutzen, wobei ein Netzwerk von Diensten im Sozial- und Gesundheitswesen vorgesehen wird, sowie die Freiheit auch nach dem Erreichen des Pensionsalters einer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können.

Man muss für eine Gesellschaft eintreten, in der durch die Dienstleistungen, die Zeitplanung der Städte und die Arbeitszeiten die sozialen Beziehungen in Gesellschaft und Familie erleichtert werden. Für die Frauen sind die sozialpolitischen Entscheidungen für die Beschäftigungsmöglichkeiten von entscheidender Bedeutung, um die Zielvorstellungen von Lissabon zu erreichen. Der universelle und durchsetzbare Charakter der Rechte soll auch im Sozial- und Gesundheitswesen behauptet werden. Wir schlagen die Wiedereinführung der Maßnahmen vor, die jenen über das Mindesteinkommen beim Antritt einer Stelle gleichen und von der Regierung gestrichen wurden. Das Anwachsen einer multiethnischen Gesellschaft erfordert auch neue Schutzmaßnahmen im Gesundheitswesen. Sich der sozialen Verletzbarkeit widersetzen, heißt auch, dem Analphabetentum den Krieg erklären.

Die Integration im Sozial- und Gesundheitswesen muss vollständig realisiert werden und die Gebietseinrichtungen müssen aufgewertet werden, um Heilung und Pflege zu gewährleisten, wobei das Recht auf Gesundheit für alle gelten muss durch die Abschaffung der Wartelisten und Tickets. Priorität hat auch die Einrichtung eines nationalen Fonds für Pflegefälle.

Es ist ferner wichtig, die Bedeutung der Pflegearbeit mit einer großen Investition anzuerkennen (in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht), um die Professionalität im Sozial- und Gesundheitswesen aufzuwerten.

Gerade der Wert der lokalen Dimensionen bestätigt unseren Widerstand gegen die Verfassungsreform, die nun verabschiedet werden soll, und mit der die Einheit des Landes und der universelle Charakter der sozialen Dienstleistungen zerrissen wird. Schließlich muss der Staat die Rechte und ihre Durchsetzbarkeit festlegen und den Hauptanteil finanzieren.

Eine wirksame öffentliche Hand erlaubt es auch, Erfahrungen des privaten Bereichs einzubinden und aufzuwerten – im Profit- und No-Profit-Bereich – unter Vermeidung, dass dies zur Kostensenkung für Dienstleistungen und zu Vertragsdumping führt.

Es ist grundlegend wichtig, die demokratische Anteilnahme der Bürger und der Vereinigungen aufzuwerten, indem ein positives Verhältnis zu den Freiwilligenorganisationen, dem Vereinswesen und den Sozialgenossenschaften hergestellt wird. Das alles erfordert, dass den gebietsbezogenen Verhandlungen über die Sozialpolitik Gewicht und Qualität verliehen wird, um die Interessen der Benutzer, der Dienstleistenden und Rentner vertreten zu können.

These 8

Vertragspolitik

Erstunterzeichner Guglielmo Epifani
Vom Zentralvorstand gutgeheißen

Unser Vorschlag zur Vertragspolitik kann nicht von Licht und Schatten absehen, von denen die Ergebnisse der letzten Jahre gekennzeichnet waren: Eine Lohnentwicklung, die deutlich unter der Inflationsrate liegt, ein Bemessungs- und Einstufungssystem, das seit Jahren stagniert, die Rückkehr

zu einer wesentlichen Verdichtung der Ebenen mit niedriger Berufsausbildung, eine systematische Verzögerung bei der Erneuerung der Nationalen Kollektivverträge (Ccnl), eine fehlende Revision der Berechnungsmethode zur Ermittlung des Inflationsausgleichs.

Die Vertragstätigkeit auf der zweiten Ebene war im vergangenen Jahrzehnt meistens unzureichend mit auseinanderklaffenden Ergebnissen innerhalb der Berufskategorien und zwischen Nord- Mittel- und Süditalien. Die augenscheinlichsten Einschränkungen betreffen die Organisation der Arbeit und die Veränderungen infolge der Umstrukturierungs- Umwandlungs- und Auslagerungsprozesse. In diesem Kontext sind auch die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau gestiegen.

In Italien hat sich eine Verschiebung des Reichtums zu Gunsten der Profite und Renditen bei einer deutlichen Reduzierung der Löhne und Gehälter zugetragen, die zu den umfangreichsten in Europa gehört. Die Gewerkschaft muß eine hoch angelegte Vertragspolitik vorschlagen, um die Autorität bei den Verhandlungen im Lohn- und Normbereich auf allen Verhandlungsebenen und für jede Form von lohnabhängiger Arbeit wieder herzustellen.

Unser Kongress wird durch die Zentralität des Wertes der Arbeit gekennzeichnet. Es braucht den Anstoß für eine neue Kampagne der Vertragspolitik, die nicht nur auf Verteidigung, sondern auch auf zusätzliche Ziele im Bereich der Löhne und Rechte ausgerichtet ist.

Die CGIL unterstreicht, dass das vertragliche Regelsystem für alle Verträge im öffentlichen und privaten Bereich einheitlich sein soll, und sie hält die Bestimmung von Rolle, Aufgabe und Funktion für vorrangig bei: Den nationalen Vertragsverhandlungen, bei den dezentralisierten Verhandlungen, bei der Anknüpfung an die Verhandlungspolitik in Europa und bei den gebietsbezogenen Verhandlungen der konföderierten Gewerkschaften.

Der nationale Kollektivvertrag bleibt das universelle und unverzichtbare Instrument zur Verteidigung und Aufstockung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, um die vertraglich vorgesehene Entlohnung aufzubessern und um die Rechtsgleichheit auf dem gesamten Staatsgebiet zu garantieren. Bei den Verträgen braucht es sichere Regeln, Bemessungsmaßstäbe und Kriterien, angefangen bei der effektiven Inflation, wobei ebenso Produktivitätsquoten vorgesehen werden, damit die Fachgruppen im Rahmen ihrer Autonomie Plattformen zur Vertragserneuerung abklären, die Lohnforderungen stellen und auf die erforderlichen Abänderungen im normativen Bereich und bei der Revision der Einstufungen eingehen können.

Die dezentralisierte Verhandlungstätigkeit soll ausgedehnt und neu qualifiziert werden, angefangen bei den Verhandlungen auf Betriebsebene oder für Gruppen im Falle des öffentlichen Dienstes und bei der Vorbereitung und Eröffnung von Verhandlungen am Arbeitsplatz. Sie wird nicht redimensioniert, sondern bleibt im Gegenteil ein zentraler Punkt, um den Delegierten, den Arbeitern und Arbeiterinnen eine tatsächlich Eingriffs- und Verhandlungsmöglichkeit bei der Organisation der Arbeit, im Gesundheits- und Sicherheitsbereich, bei den Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten, bei der Anerkennung beruflicher Qualifikationen, in allen Angelegenheiten, die der nationale Kollektivvertrag an den Arbeitsplatz delegiert und bei der Verteilung

von variablen und zu fixierenden Quoten von Lohn- und Gehaltserhöhungen zu bieten.

Verhandlungen, die auf Gebiete, Standorte, Bezirke und Produktionsbereiche bezogen sind, wobei die Betriebsebene als vorrangig gilt. Um die dezentralisierten Verhandlungen auszudehnen ist die CGIL dafür, dass die nationalen Kollektivverträge auf diese Ebene verweisen können, ohne die Betriebsebene zu überlagern oder ihr zu widersprechen. Die CGIL hält im Rahmen der dezentralisierten Verhandlungen, Versuche mit fachgruppenübergreifenden Aktionen für nützlich, vorausgesetzt, dass die entsprechenden Verhandlungskompetenzen respektiert werden.

Die CGIL hält bei all dem die dokumentierte Gültigkeitserklärung für Forderungsplattformen und Abkommen seitens der Arbeiter und Arbeiterinnen für bindend.

Europa. Es soll eine übernationale Verhandlungsebene für Betriebe vorgesehen werden. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) soll seine Rolle als Verhandlungspartner wahrnehmen.

Rolle der Gewerkschaftsbünde bei gebietsbezogenen Verhandlungen im Sozialbereich. Es zeigt sich ein starker Bedarf an neuen gebietsbezogenen Verhandlungen mit den konföderierten Gewerkschaften als Verhandlungspartner.

These 8 A

Vertragspolitik

Erstunterzeichner Gianni Rinaldini

Von weiteren 11 Mitgliedern des Zentralvorstandes unterzeichnet

Unser Vorschlag zur Vertragspolitik soll streng und kohärent zur Linie sein, bei der die Zentralität der Arbeit als Grundlage für ein neues Sozialprojekt dient.

Im Laufe dieser Jahre haben die Entscheidungen der Regierung und des Industriellenverbandes (Confindustria) eine Umverteilung des Einkommens zu Lasten der Arbeiter und Rentner bewirkt und Unsicherheit verursacht. In diesem Zusammenhang hat die CGIL einen überzeugten Kampf für den Schutz des Einkommens, gegen das Gesetz Nr. 30 und für die Verteidigung der Nationalen Kollektivverträge geführt.

Die Verhandlungstätigkeit der zweiten Ebene war trotz unterschiedlicher Ergebnisse innerhalb der Berufsgruppen und einzelner Gebiete insgesamt unzureichend. Die augenscheinlichsten Grenzen unserer Verhandlungsinitiative zeigen sich bei der Organisation der Arbeit und bei den Veränderungen infolge der Umwandlungs- und Auslagerungsprozesse in den Betrieben. In diesem Zusammenhang haben sich die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen vergrößert, doppelte Vertragsanwendungen und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ergeben.

In Italien hat sich eine Verschiebung des erwirtschafteten Reichtums zu Gunsten der Profite und Renditen bei einer deutlichen Reduzierung der Löhne und Gehälter ergeben, die zu den umfangreichsten in Europa gehört. Die Gewerkschaft soll den Vorschlag einer hoch angelegten Vertragspolitik

einbringen, um die Autorität bei den Verhandlungen im Lohn- und Normbereich auf allen Verhandlungsebenen und für jede Form von lohnabhängiger Arbeit wieder herzustellen

Unser Kongress ist durch die Zentralität der Arbeit gekennzeichnet. Von der liberalen Logik wird die Rolle der Arbeit und der sozialen Vertretung einer reinen Funktion aus der Sicht der Betriebe und des Marktes untergeordnet. Es soll eine Kampagne für eine neue Vertragspolitik gestartet werden, die geeignet ist, die Welt der Arbeit wieder zu vereinigen, und die auf dem Gebiet der Entlohnung und der Rechte den Charakter eines Zugewinns und nicht nur der Verteidigung aufweist.

Die CGIL unterstreicht, dass das vertragliche Regelsystem für alle gleich sein soll und sie hält die Bestimmung von Rolle, Aufgabe und Funktion für vorrangig, weil das gegenwärtige Vertragssystem offensichtlich in Krise ist. Es handelt sich nicht um die Festlegung der Regeln für den nächsten Kollektivvertrag, sondern um ein Vertragssystem, das für eine nicht kurze Zeit die Wirtschaftsbeziehungen und daher die Rolle und Funktion der sozialen Vertretung kennzeichnet.

Der nationale Kollektivvertrag ist das entscheidende Instrument und wird daher aufgewertet, wobei Regeln und Modelle, die zu einem Vertragsföderalismus führen, abgelehnt werden. Die Kaufkraft, die wirtschaftliche Lage, Produktivitätsquoten und Umverteilung des Reichtums sollen die Hauptbezugspunkte für den nationalen Kollektivvertrag sein. Es bleibt der eigenständigen Einschätzung der Gewerkschaftsorganisationen überlassen, wie sie die Gewichtung ihrer Forderungen vornehmen, vorausgesetzt das Ziel der Umverteilung des Reichtums und der realen Lohnerhöhungen auf nationaler Ebene bleibt erhalten, auch im Verhältnis zur sozialen Gesamtlage, zum Steuersystem und zur sozialen Sicherheit.

Die zweite Verhandlungsebene soll die Organisation der Arbeit zum Inhalt haben, die Umwelt am Arbeitsplatz, die Produktivität, die Qualität und die Professionalität am Arbeitsplatz. Die Verhandlungstätigkeit darf sich nicht auf die reine Vereinbarung der Produktionsprämie beschränken und das Verhältnis zwischen Lohnerhöhungen und Betriebsbilanzen absegnen. Bei den Verhandlungen auf der zweiten Ebene soll man die Werte der Solidarität, der Gerechtigkeit und Gleichheit und den Respekt vor den Unterschieden (allgemeine, ethnische usw...) behaupten. Verhandlungen in einzelnen Gebieten, an Standorten, in Bezirken und Produktionsbereichen: Vorausgesetzt dass die Betriebsebene Vorrang hat, ist die CGIL der Ansicht, dass in den nationalen Kollektivverträgen der Fachgruppen eine solche dezentralisierte Verhandlungsebene vorgesehen werden kann, die sich nicht mit der Betriebsebene überlagert, noch ihr widerspricht. Die CGIL hält es für nützlich, Versuche mit fachgruppenübergreifenden Verhandlungsaktivitäten zu unternehmen, die das ausdrückliche Ziel der Wiedervereinigung der Arbeitswelt verfolgen.

Die CGIL hält das Referendum der Arbeiter und Arbeiterinnen über alles, was die Forderungsplattformen und Abkommen betrifft, für bindend.

Europa. Es soll eine Verhandlungsebene für die übernationale Dimension der Betriebe vorgesehen werden.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) soll seine Rolle als Verhandlungspartner wahrnehmen.

Rolle der Gewerkschaftsbünde bei gebietsbezogenen Verhandlungen im Sozialbereich. Es zeigt sich bei dem Gewicht, das die Entscheidungen im sozialen Bereich und in jenem der Umweltverträglichkeit und Sicherheit erhalten haben, ein starker Bedarf an neuen gebietsbezogenen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsbünden als Verhandlungspartner.

These 9

Die Anteilnahme als strategischer Punkt für die Neuprojektierung des Landes, der Wertvorstellungen der Konföderation, der Autonomie und der Einheit

Erstunterzeichner Guglielmo Epifani
Vom Zentralvorstand gutgeheißen

Die Gesellschaft Italiens braucht mehr Anteilnahme, um die Demokratie zu stärken. Es müssen alle Wege wieder geöffnet werden, die in vergangenen Jahren eine Zeit der fruchtbaren demokratischen Anteilnahme auf der Ebene der Institutionen, in der Politik und im sozialen Bereich ermöglicht haben.

Am Arbeitsplatz stellen Demokratie und Anteilnahme den strategischen Eckpunkt für die Schaffung neuer Machtverhältnisse dar. Ebenso muss an drei völlig unterschiedlichen Fronten gearbeitet werden: Die Verhandlungstätigkeit ausdehnen, die Wahl der Arbeitervertreter für die Sicherheit am Arbeitsplatz und für die Gebietsvertretungen vervollständigen, die einheitlichen Gewerkschaftsvertretungen verallgemeinern, neue Formen der Anteilnahme erreichen.

In der Gewerkschaft sollen innergewerkschaftlich die Formen der demokratischen Anteilnahme der Mitglieder und der Gesamtheit der Arbeiterinnen und Arbeiter an den Entscheidungen, die getroffen werden, festgelegt werden. Dieses innergewerkschaftliche Abkommen ist dringlich. Die CGIL bekräftigt ihren Einsatz bei der Suche nach einem einheitlichen Abkommen und damit es zu einem eigenen Gesetz kommt, das auch den Inhalt des Abkommens übernehmen kann. Es soll ebenso über Formen der demokratischen Verabschiedung von Forderungsplattformen und gebietsbezogenen sozialen Abkommen nachgedacht werden.

Mehr Anteilnahme und mehr Politik bedeuten für die Gewerkschaft notwendiger Weise auch mehr Bündnisgeist. Eine große Bündnisidee lässt sich innerhalb eines Projektes verwirklichen, worin mit Präzision die Identität des politischen Vorhabens festgestellt wird. Die Herauskrystallisierung von politisch-programmatischen Gruppierungen, die sich alternieren, macht in der Tat die Erarbeitung eines Gewerkschaftsmodells, das einen Gesprächspartner vorsieht, unerlässlich.

Auch beim Gespräch über die Gewerkschaftseinheit kann man von der Ausarbeitung eines gemeinsamen Projektes nicht absehen. Selbst der unauslöschliche Pluralismus unter den Gewerkschaftsbünden läuft Gefahr eine

unüberwindbare Hürde zu werden, anstatt eine Bereicherung darzustellen, wenn er nicht an dieser gemeinsamen Suche gemessen wird. Deshalb richten wir an CISL und UIL den Vorschlag, gemeinsam an einem Programm und einer Charta der Grundwerte zu arbeiten, die für die konföderierten Gewerkschaften gelten.

These 9 A

Vorschlag neuer Regeln für Demokratie und Vertretungsvollmacht, um die Werte der Konföderation, Autonomie und Einheit neu zu lancieren

Erstunterzeichner Gian Paolo Patta

Von weiteren 26 Mitgliedern des Zentralvorstandes mitunterzeichnet

Die Gesellschaft Italiens braucht mehr Anteilnahme, um die Demokratie zu stärken. Es müssen alle Wege wieder geöffnet werden, die in vergangenen Jahren eine Zeit der fruchtbaren demokratischen Anteilnahme auf der Ebene der Institutionen, in der Politik und im sozialen Bereich ermöglicht haben

Am Arbeitsplatz stellen Demokratie und Anteilnahme den strategischen Eckpunkt für die Schaffung neuer Machtverhältnisse dar. Ebenso muss an drei völlig unterschiedlichen Fronten gearbeitet werden: Die Verhandlungstätigkeit ausdehnen, die Wahl der Arbeitervertreter für die Sicherheit am Arbeitsplatz und für die Gebietsvertretungen abschließen, die einheitlichen Gewerkschaftsvertretungen verallgemeinern, neue Formen der Anteilnahme erreichen.

Die CGIL wiederholt, dass es ein Gesetz über Vertretungsvollmacht, Vertretungsgewicht und Gewerkschaftsdemokratie braucht, und sie versucht zusammen mit CISL und UIL ein Abkommen über den Inhalt eines solchen Gesetzes zu erreichen, wie es bereits beim öffentlichen Dienst der Fall ist. Die CGIL bringt auf jeden Fall fünf Vorschläge ein, die zum Teil mit einem Gesetz und zum Teil über gewerkschaftliche Abkommen zu verwirklichen sind und folgendes betreffen: Allgemeine Wahl der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung (RSU) an allen Arbeitsplätzen, genaue Regeln für die Vorlage von Verhandlungsplattformen, Verhandlungsdelegationen, Abstimmungsmodus über Vertragsentwürfe, Rekurs und Referendum. Die CGIL betrachtet diese Prinzipien auf jeden Fall bis zur Verabschiedung eines Gesetzes für ihre eigenen Mitglieder als bindend und wird sie anwenden.

Der Artikel 18 des Arbeiterstatuts soll auch auf Betriebe mit weniger als 16 Beschäftigten angewendet werden.

Mehr Anteilnahme und mehr Politik bedeuten für die Gewerkschaft notwendiger Weise auch mehr Bündnisgeist. Eine große Bündnisidee lässt sich innerhalb eines Projektes verwirklichen, worin mit Präzision die Identität des politischen Vorhabens festgestellt wird. Die Herauskrystallisierung von politisch-programmatischen Gruppierungen, die sich alternieren, macht in der Tat die Erarbeitung eines Gewerkschaftsmodells, das einen Gesprächspartner vorsieht, unerlässlich.

Auch beim Gespräch über die Gewerkschaftseinheit kann man von der Ausarbeitung eines gemeinsamen Projektes nicht absehen. Selbst der

unauslöschliche Pluralismus unter den Gewerkschaftsbünden läuft Gefahr eine unüberwindbare Hürde zu werden, anstatt eine Bereicherung darzustellen, wenn er nicht an dieser gemeinsamen Suche gemessen wird. Deshalb richten wir an CISL und UIL den Vorschlag, gemeinsam an einem Programm und einer Charta der Grundwerte zu arbeiten, die für die konföderierten Gewerkschaften gelten.

These 9 B

Die Anteilnahme als strategischer Punkt für die Neuprojektierung des Landes, der Wertvorstellungen der Konföderation, der Autonomie und der Einheit

Erstunterzeichner Gianni Rinaldini

Von weiteren 11 Mitgliedern des Zentralvorstandes mitunterzeichnet

Die Gesellschaft Italiens braucht mehr Anteilnahme, um die Demokratie zu stärken. Es müssen alle Wege wieder geöffnet werden, die in vergangenen Jahren eine Zeit der fruchtbaren demokratischen Anteilnahme auf der Ebene der Institutionen, in der Politik und im sozialen Bereich ermöglicht haben.

Am Arbeitsplatz stellen Demokratie und Anteilnahme den strategischen Eckpunkt für die Schaffung neuer Machtverhältnisse für die Arbeiter und Arbeiterinnen dar. Die Zentralität und die Ausdehnung der Rechte für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, wie sie beim letzten Kongress beschlossen wurden, stellen den Horizont unserer Initiative zur Wiedervereinigung der Welt der Arbeit dar. Die CGIL hält es für erforderlich, Gesetze zur Wahl der Gewerkschaftsvertreter nach dem Proporz-System und zur Gültigkeitserklärung von Plattformen und Abkommen zu erlassen, als Anerkennung eines demokratischen Rechts der Arbeiterinnen und Arbeiter. Für die CGIL stellt dies auf allen Ebenen eine Bindung für die eigene Verhandlungspraxis dar. Die gesetzliche Regelung, die heute für den öffentlichen Dienst gilt, stellt einen wichtigen Bezugspunkt dar, der mit der Anwendung des Referendums ergänzt werden soll. In diesem Kontext müssen zusammen mit den anderen Gewerkschaftsorganisationen Formen und Vorgangsweisen eines einheitlichen demokratischen Ablaufs festgelegt werden.

Mehr Anteilnahme und mehr Politik bedeuten für die Gewerkschaft notwendiger Weise auch mehr Bündnisgeist. Eine große Bündnisidee lässt sich innerhalb eines Projektes verwirklichen, worin die Identität des politischen Vorhabens präzise festgestellt wird. Eine solche Projektorientierung stellt überdies die Voraussetzung für die Autonomie der Gewerkschaft dar. Projektorientierung und Demokratie sind die Basis für autonome Entscheidungen in politischer und kultureller Unabhängigkeit. In der Beziehung zur politischen Macht kann die Gewerkschaft Regierungen als Gegner haben, aber sie kann keine Regierung zum Freund haben, an den sie ihre Funktionen delegiert.

Auch beim Gespräch über die Gewerkschaftseinheit kann man von der Ausarbeitung eines gemeinsamen Projektes nicht absehen. Selbst der unauslöschliche Pluralismus unter den Gewerkschaftsbünden läuft Gefahr eine unüberwindbare Hürde zu werden, wenn er nicht an dieser gemeinsamen

Suche gemessen wird. Deshalb richten wir an CISL und UIL den Vorschlag, gemeinsam an einem Programm und einer Charta der Grundwerte zu arbeiten, die für die konföderierten Gewerkschaften gelten.

These 10

Eine demokratische und repräsentative CGIL

Die CGIL ist in diesen Jahren gewachsen. Der XV Kongress kann ein ernstes Überdenken der bevorstehenden Probleme und Grenzen, angefangen bei der Entwicklung der Mitgliedschaft, in die Wege leiten.

Auf dem Kongress muss man sich auch mit dem Problem auseinandersetzen, dass die Schwierigkeiten andauern, sobald sich die Organisation als ein Zusammenschluss von Männern und Frauen definieren will.

Es muss über die Organisationsstruktur nachgedacht werden, die noch aus den Jahren des Ford-Modells stammt. Bei allem Festhalten an den horizontalen und vertikalen Strukturen, muss auch auf einen Wechsel zum Netzwerk eingegangen und auf eine strategische Neupositionierung der Funktionen übergegangen werden, um das Neue in der Welt der Arbeit zu erfassen. Daneben muss auch das Territorium zu einem neuen Mittelpunkt werden.

Es gibt heute Millionen eingewanderte Arbeiterinnen und Arbeiter. Auch durch ihre Präsenz und Vertretung in der CGIL soll die Politik der Aufnahme und Einbürgerung begleitet werden, oder besser, es soll ihr vorausgegangen werden.

Die Teilnahme der Jugend am Leben und an der Leitung der CGIL ist absolut ungenügend. Es sollen Lösungen gefunden werden, um die Wiederholung eines zweiten Generationensprungs zu vermeiden. Die Demokratie in der CGIL stützt sich auf verschiedene Pluralismen – angefangen bei den allgemeinen unterschiedlichen Wertvorstellungen - und auf ein Regelwerk, das die volle Legitimität und Machbarkeit garantiert. Es soll über das Funktionieren der internen Demokratie nachgedacht werden, um besser auf die Probleme der Vertretungsvollmacht, der Anteilnahme und Einheit des Gewerkschaftsbundes eingehen zu können. Es gilt drei Problembereiche zu untersuchen und auf dem Kongress eingehend zu diskutieren: Auswahlverfahren bei der Bildung der Leitungsgremien, die Funktion des Generalsekretärs als Garant des Pluralismus, solidarische Verteilung der Ressourcen.